

Petition gegen weitere Kalihalde

Sarstedter wenden sich mit Petition an das Europäische Parlament

Sarstedt/Giesen. Erneut haben Bürger aus Sarstedt und Giesen sich mit einer Petition gegen eine zusätzliche Salzhalde im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung des Giesener Kalibergwerks gewandt. Nachdem sie sich im vergangenen Jahr bereits mit einer Eingabe an den Niedersächsischen Landtag gewandt hatten, wenden sie sich nun an das Europäische Parlament in Brüssel.

Das Unternehmen K+S plant einen neuen Kaliberg. In der Anfangszeit nach Wiederinbetriebnahme des Bergwerks soll dadurch mehr Salz in die Innerste geleitet werden. Später soll dann allerdings die Menge des eingeleiteten Abwassers sinken.

In ihrer Petition nehmen die Sarstedter Bürger nun Bezug auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), die in Deutschland durch das Wasserhaushaltsge-

setz umgesetzt wurde. Es sieht unter anderem ein Verbesserungsgebot für Gewässer vor. Der Zustand darf also nicht nur nicht verschlechtert werden, sondern muss sogar verbessert werden.

„Fraglich ist, ob Kali + Salz bei dem derzeitigen Zustand der Innerste und dem bestehenden Verbesserungsgebot überhaupt einen Anspruch auf die Einleitung zusätzlicher Abwasser ha-

ben kann, solange die Abwässereinleitung von der Althalde nicht beendet beziehungsweise die Althalde nicht abgedeckt ist“, heißt es in der Petition aus Sarstedt.

Die 18 Unterzeichner fordern dazu auf, Vorkehrungen zu treffen, „damit das Ziel der WRRL bei allen wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren ausreichend beachtet und fortlaufend Maßnahmen im Sinne des Verbesse-

rungsgebotes durchgeführt werden.“ „Wir hoffen, dass wir mit der Petition an die EU doch noch eine sachgerechte Überprüfung zu dem Vorhaben von Kali + Salz in Sarstedt und Giesen und zur grundsätzlichen Umsetzung des EU- und Bundesrechts zur Verbesserung der Wasserqualität erreichen“, sagt Karin Trüe, eine der Initiatorinnen der Petition: „Wir sind sehr enttäuscht, da die Aufschüttung neuer Salzhalden die Umwelt generationsübergreifend belastet, den Bördeboden unwiederbringlich zerstört, und dies, obwohl Salzhalden nach Beschlüssen des Landtages nicht mal dem Stand der Technik entsprechen.“ Die Eingabe an den Landtag in Hannover haben Trüe und ihre Mitstreiter bereits vor acht Monaten eingereicht. Bis auf eine Eingangsbestätigung haben sie darauf bislang keine Reaktion erhalten. *skn*



Die Firma K+S plant eine weitere Kalihalde, zusätzlich zu dem bestehenden Salzberg bei Giesen.

ARCHIVFOTO: MORAS